

# Tagungsbericht: Wissenschaftliche Fachtagung

## „Globale Mindeststandards“

am 28./29.03.2019 in Tübingen am Weltethos-Institut an

der Universität Tübingen

von Oliver Bülchmann M.A.

### Einführung

Zum Thema „Globale Mindeststandards“ fand in Kooperation zwischen dem Forschungsinstitut für Philosophie in Hannover, dem Weltethos-Institut sowie dem Institut für Sozialstrategie eine wissenschaftliche Fachtagung am 29. März 2019 in Tübingen statt. Ein Kreis aus Wissenschaftlern wurde durch Interessierte und Engagierte aus Bildungseinrichtungen wie Universitäten, Hochschulen sowie aus der Politik und mit entsprechenden Themen in der Wirtschaft verantwortlichen Teilnehmern komplettiert.

Die zentrale Frage dieser Veranstaltung war, ob es überhaupt eine realistische Chance im Hinblick auf die Formulierung und Realisierung von „Globalen Mindeststandards“ gibt. Die Entwicklung „Globaler Mindeststandards“ wurde vor allem mit Fokus auf die Bereiche Handel, Arbeitssicherheit, Gesundheitsversorgung, öffentliche Ordnung und Einhaltung von Menschenrechten mit Beiträgen aus Forschung und angewandter Wissenschaft sowie anschließenden Diskussionen im Teilnehmerkreis beleuchtet.

Am vorhergehenden Abend des 28. März 2019 fand ein Festakt aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Instituts für Sozialstrategie in Anwesenheit von Autoren, Mitgliedern des Vereins und Teilnehmern der Tagung statt. Ein Anlass sich zu freuen und einmal die vergangenen Jahre Revue passieren zu lassen. Seit seiner Gründung widmet sich das Institut für Sozialstrategie dem Kernthema „Globale Zivilgesellschaft“ mit dem Fokus auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Religionen, Minderheiten, Wirtschaftsethik und Klimawandel. Ein breites Portfolio an Publikationen und Aktivitäten wurde in dieser Zeit erarbeitet und als Positionsbestimmung in die gesellschaftliche Debatte eingebracht.

In seinem Grußwort hob **Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel**, der seit Juli 2018 auch das Welt-Ethos-Institut in Tübingen leitet, die grundlegende Motivation für das Institut für Sozialstrategie hervor. Es gehe dem Institut vor allem darum, ein Bewusstsein für die Beantwortung der Frage zu schaffen, in welcher Gesellschaft wir zukünftig leben wollen. Ein weiteres Ziel sei es, aufzuzeigen welche Mittel und Wege es gibt, sich in einer anzustrebenden globalen Zivilgesellschaft erfolgreich und solidarisch zu bewegen. Mit dem privilegierten Blick aus unserer westlichen Gesellschaftsordnung hätten wir als Teil einer globalen Zivilgesellschaft eine besondere Verantwortung anzunehmen und sollten dieser gerecht werden. Da wir es gegenüber den Zeiten von Jesus mit einer Bevölkerungsexplosion von 250 Mio. Menschen auf sagenhafte 7 Mrd. Menschen in unserer Gegenwart zu tun haben, mache allein diese Größenordnung die Dimensionen der globalen Herausforderungen deutlich.

Prof. Hemel stellt die Forderung nach der Entwicklung einer Hermeneutik der „Globalen Zivilgesellschaft“ auf. Mit dieser Hermeneutik solle ein gemeinsames Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit etabliert werden, um auf dieser Grundlage die Probleme zu lösen. Es gab in den vergangenen Jahrzehnten jedoch auch Fortschritte, die man nicht vergessen sollte. So ist beispielsweise die Zahl der Menschen, die unter Hunger leiden unter 10% gesunken. Als soziale Wesen seien wir aufeinander angewiesen. Die Probleme der Welt in den Bereichen Migration, Religion, Gesundheit, Umweltschutz, Ernährung können nicht durch Einzelne gelöst werden. Vor diesem Hintergrund bleibt die Zielstellung für das Institut gemeinsam mit den Autoren und Kooperationspartnern qualitative Impulse in die Welt zu senden, um an der Verbesserung unseres globalen Gemeinwohls mit zu arbeiten.

## Festakt für das „Institut für Sozialstrategie“

Die Festrede zum Jubiläum wurde von **Prof. Dr. Jürgen Manemann** vom Forschungsinstitut für Philosophie Hannover unter dem Titel „Weltweite Solidarität als Leitprinzip einer globalen Zivilgesellschaft – 10 Jahre IfS“ gehalten. Der Redner hob hervor, dass wir uns in einer Zeit weltweiter Auflösungsprozesse bewegen. Bestehende Institutionen und Vereinbarungen würden abgelöst. Was in welcher Form an deren Stelle trete, sei weitestgehend offen. Das Leben in dieser Zwischenzeit einer Transformation sei irritierend und verunsichernd. Viele Menschen seien überfordert und stellen sich doch dem, was sie nicht richtig greifen können, entgegen. Menschen sind im Kontext der Weltpolitik aufgefordert, eigene Positionen zu entwickeln und Einfluss zu nehmen. In diesem Sinne will der Begriff der Sozialstrategie, Menschen ermutigen sich in das „Weltgeschehen“ einzubringen. Dem Institut geht es aus seiner Sicht darum, Menschen zu ermutigen, zu Akteuren zu werden. Es ist also ein Akt des „Empowerments“, der Befähigung, aktiv zu gestalten und zu tun. Es geht darum, eine „globale Solidarität trotz Differenz“ zu entwickeln. Die weltweite Solidarität stehe oftmals im wirtschaftlichen Fokus. Aspekte der moralischen Haltung gegenüber den Problemen als auch die Herausbildung eines universellen Verantwortungsempfindens sind jedoch ebenso entscheidend. Nach seinen Worten entsteht erst „in der Zerbrechlichkeit des Zusammenseins so etwas wie „soziale Beziehung“ und

mündet in einer „radikalen Beziehung zu Anderen“. Zum Abschluss hält der Redner fest: Solidarisch sein setzt voraus, dass wir ein aktiver Teil von Verhandlungen sein und uns in den Bereich des „Möglichkeitssinns“ bewegen sollten. Die Spannung für die Arbeit des Instituts resultiere daraus, dass man gleichermaßen ein Teil der Wissenschaft als auch ein Teil des Spektrums der Gesellschaft sei.

## Tagung

Zum Beginn der eigentlichen Tagung stellte **Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel** die Frage, ob es überhaupt sinnvoll sei, über soziale Mindestanforderungen zu nachzudenken und ob es für deren Realisierung überhaupt eine realistische Perspektive gebe. Aktuell scheine sich der Multilateralismus eher in einer Krise statt in einer Weiterentwicklung und Vertiefung zu befinden. Der Egoismus scheint die Geschicke zu bestimmen. Die Folgen der Aufkündigung von Handelsverträgen, der Brexit und die Konsequenzen der technologischen Entwicklungen (KI) sind nur einige Themen, die zur wachsenden Verunsicherung beitragen. Auf der anderen Seite haben wir die Intention des Menschen als soziales Wesen, ein „gutes Leben“ führen zu wollen. Diese Intention drückt sich in den Aspekten: Sicherheit, Freiheit, Bildung/Gesundheit und Umwelt aus. In den genannten Feldern gibt es Fortschritte aber auch unübersehbaren Stillstand oder sogar Rückschritt. Nach wie vor ruht die Hoffnung auf den Institutionen, die im Rahmen der Globalisierung die Interessen der Menschen vertreten sollen. So ist z. B. der Wert Fairness auf dem Vormarsch. Besondere Erwartungen knüpfen sich an eine Good Governance. Um diese Prozesse zu befördern müssen Personen Impulse geben und Forderungen erheben. In diesem Sinne könnten die drei tagenden Institutionen einen aktivierenden Beitrag leisten.

Der Vortrag von **Dr. Christopher Gohl** vom Weltethos-Institut stand unter dem Titel: „Eine kurze Einführung in den Zusammenhang von Weltethos und globalen Mindeststandards“. Der Referent rückte drei Konzepte in das Zentrum seiner Ausführungen. Er betrachtet mit kurzen Kernaussagen die von Hans Küng, Claus Diercksmeier und von Ulrich Hemel entwickelten Ideen im Kontext der Frage nach Schaffung von „Globalen Mindeststandards“. Ein wesentliches Anliegen von Hans Küng in seinem Buch „Welthos“ war es, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. In seinem Konzept „Humanem“ von 1990 stehen Menschlichkeit, Reziprozität und Partnerschaft im Vordergrund. 1993 wird dieses Konzept im Kanon verschiedener Religionen betrachtet. Mit den Prinzipien Menschlichkeit, der »Goldenen Regel« der Gegenseitigkeit, der Verpflichtung auf Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und der Partnerschaft von Mann und Frau wurde das Konzept weiterentwickelt. Alle Weltreligionen konnten sich im Ergebnis auf Kernelemente eines gemeinsamen Ethos verständigen. Das Konzept ist erweiterbar im Hinblick auf die Herausforderungen unserer Zeit und das Streben nach ökologischer Nachhaltigkeit. Ebenso könne die Diercksmeier-Konzeption der „Qualitativen Freiheit“ im Bezug zur Herausarbeitung von Mindeststandards gesehen werden. Diese

Konzeption tritt dem Neoliberalismus, mit seiner egoistischen Grundfärbung, entgegen. Auch das von Ulrich Hemel entwickelte „Pluralitätsfähige Lernprojekt“ kann als Impulsgeber und Eckpfeiler zum Tagungsthema herangezogen werden. In seiner Intention handelt es sich um ein Lernprogramm. Diese drei Konzepte können eine Werteorientierung und ein Instrumentarium für die Konzeptionierung, wie die globalen Werte standardisiert werden können, liefern. Auf der Grundlage von Ideen zur Werteherausbildung und der Weiterentwicklung von Wertvorstellungen sowie der dazugehörigen Handlungspraxis können Ansprüche und Intentionen den Erfordernissen der weltweiten Realität gegenübergestellt werden. Auf der nächsten Entwicklungsstufe müsse weiterführend die Frage behandelt werden, wie man lokal und global zu Handlungsvollzügen nach vereinbarten Standards komme. Dieses Vorhaben brauche Geltung und Umsetzungsfähigkeit. Sein Appell: Die Weiterentwicklung von globalen Mindeststandards kann nur über den Dialog erfolgen.

Der anschließende Vortrag nimmt die Frage auf, welche Wege es gibt, zu globalen Mindeststandards zu gelangen. **Prof. Dr. Claus Dierksmeier** von der Universität Tübingen hielt den Vortrag mit dem Titel: "Wer darf über globale Mindeststandards entscheiden? - Die Debatte zwischen Martha Nussbaum und Amartya Sen". Er arbeitete heraus, welche Positionen von den beiden renommierten Wissenschaftlern eingenommen werden und wie sich auf dieser Grundlage ein wissenschaftlicher Diskurs entwickelte. Übergreifend sind beide Wissenschaftler Vertreter der sogenannten „Capability Theory“. Diese Theorie geht davon aus, dass jeder Mensch ein Recht auf ein von ihm selbstbestimmtes und sinnerfülltes Leben hat. Damit verbunden ist die Forderung, dass das Individuum die Möglichkeiten haben muss, sich jene für die gewünschte und verantwortungsvolle Lebensführung notwendigen Befähigungen in der Gesellschaft aneignen zu können. Die Gesellschaft als Ganzes ist mitverantwortlich, Voraussetzungen und Raum für die Aneignung zu schaffen. Wie kann das Angebot an Möglichkeiten, um diese Ziele zu erreichen, gemessen werden? Aus Sicht des Referenten sind die bisherigen Messgrößen wie das „BIP“ (Bruttoinlandsprodukt) nicht mehr zeitgemäß. Andere Messgrößen wie z. B. der „Human Development Index“ und der „Gross National Happiness Index“ sind im Zusammenhang mit den beschriebenen Intentionen aussagekräftiger.

Bei Nussbaumer und Sen gehe es nicht mehr um die Messung des Profits, um das geordnete Ausbalancieren der Ideen von einer positiven und negativen Freiheit. Nussbaumer hat eine Liste mit zehn Bedingungen der Befähigung (Capability) zur Freiheit entwickelt, die universelle Wirkung entfalten sollen und als eine Idee für die Anwendung in der Praxis dienen können. Der entscheidende Unterschied bei Sen liegt in dem „Proceduralen“ seines Ansatzes. Er will den Menschen keine Prinzipien vorgeben, sondern die Menschen in den Findungs- und Willensbildungsprozess einbinden. In diesem Entwicklungsprozess ist es seine Intention, mit der Bevölkerung und von der Bevölkerung her zu denken. Das politische Gemeinwesen soll selbst über die Prinzipien entscheiden. Der Referent vertrat keine Position, welche Theorie richtig oder falsch sei. Die wesentlichen Unterschiede wurden herausgearbeitet. Abschließend wurde die Ansicht vertreten, dass es darauf ankäme, welche

Interessen vertreten und welche Kriterien für die Beurteilung von Freiheitsräumen herangezogen würden.

Der Vortrag von **Prof. Dr. Jürgen Volkert** von der Hochschule Pforzheim mit dem Titel „Globale Mindeststandards: ökonomische versus ethische Positionen?“ beschäftigte sich unter anderem mit den Begrenzungen des eigenen Fachs, der Volkswirtschaft. Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die These, dass man ähnlich wie bei einem Stresstest im Bankensektor, die Frage stellen kann, was die Zielgrößen für Mindeststandards seien und ob diese kategorisch gelten sollten. Die ökonomischen Theorien fokussieren in erster Linie das Gesamteinkommen und die Gewinnmaximierung. Mit der Gewinnmaximierungsabsicht wiederum tragen die Unternehmen zum Gesamtnutzen der Gesellschaft bei. Der Referent zog für seine Betrachtungen und Erläuterungen Benthems Utilitarismus-Theorie heran. Weiterhin stellte er die spannende These auf, dass das Menschenbild bei Smith differenzierter sei als in der weithin tradierten marktorientierten Auffassung angenommen. Empathie spiele eine wesentliche Rolle, Ungerechtigkeitsaspekte und die Reflexion sind ebenso ausgeprägt. Smiths Menschenbild gehe bei weitem über das Bild vom „Homo Oeconomicus“ hinaus. Es stelle sich somit die Frage, wie diese Aspekte zu seinem zentralen Werk: „Wohlstand der Nationen“ passen würden. Die Beantwortung dieser Frage konnte als Anregung zum Selbersuchen und -finden verstanden werden.

Aus seiner Sicht leben Mindeststandards von der Freiheit der Entwicklung. Entwickelte und geltende Gesetze spiegelten im Idealfall die Werte der Menschen wider. Im Kontext der Wirtschaft sind Standards Kostenfaktoren und erzeugen damit Spannung in der Entscheidung. Ein weiterer Aspekt ist, dass in Unternehmen Entscheidungen oftmals nicht von den besten fachlichen und sozial kompetenten Personen getroffen werden. Ethik und Moral sind Voraussetzungen für die Ökonomik. Wirtschaftliche Entscheidungen müssen von ethischen und moralischen Reflexionen grundiert sowie abgewogen werden. Aus seiner Sicht müssen die Bestrebungen nach Mindeststandards in den Werten einer Gesellschaft angelegt sein. Mindeststandards brauchen wir ebenfalls für diejenigen, die Nichtwähler sind. Jene also, die sich nicht am demokratischen Prozess beteiligen können oder wollen. Aus seiner Sicht muss kritisch erfasst werden, dass es Lücken in der Governance-Realisierung gibt. Mit den Worten von Smith: der Markt kann im Falle der Unvollkommenheit der Governance-Realisierung nicht die gewünscht positiven Ergebnisse produzieren. Die Ökonomik setzt voraus, dass der Markt Governance-Prinzipien und Strukturen als Ordnungsrahmen integriert. Smith forderte, dass der Markt mit Vergeltung auf Ungerechtigkeiten reagieren solle. Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen muss man konstatieren, dass nicht nur die Governance fehle, sondern dass diese sogar angegriffen werde z. B. vom Nationalismus. Vor dem Hintergrund des Kernthemas der Tagung, der Möglichkeit und der Notwendigkeit von „Globalen Mindeststandards“ stellte Prof. Volkert die entscheidenden Fragen: Was ist die Bezugsgröße? Worum soll es gehen? Wie sollen die „Globalen Mindeststandards“ durchgesetzt werden? Seine Empfehlungen lautet: Es darf kein Top-Down-Ansatz sein, der für die Konzeptionierung und Implementierung gewählt

wird. Der Referent referenzierte ebenfalls auf den Capability-Ansatz. Die Qualität dieses Ansatzes sei die Intention, den Menschen zu befähigen, ein Leben zu führen, welches dieser selbst schätze. In diesem Kontext gibt es positive Entwicklungen. So wurde z. B. bereits 2016 ein Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität der Bürger auf Grundlage von Befragungen abgegeben. Sen meint dazu, dass freiheitliche Verantwortung nur durch Dialoge entstehen kann. So wurden in der Studie 2016 auch Flüchtlinge befragt und damit ein breiteres Meinungsspektrum der Zivilgesellschaft eingeholt.

Zusammenfassend hält Prof. Volkert fest, dass in der Ökonomik ein differenzierteres Menschenbild gebraucht wird. Ihm sei wohl bewusst, dass dies nicht so schnell gelingen wird. Eine besondere Herausforderung sah er in der Eindämmung des Lobbyismus. Die Unternehmen müssten im Prozess der Entwicklung und Gestaltung von Mindeststandards Verantwortung übernehmen.

**Dr. Ana Honnacker** vom Forschungsinstitut für Philosophie Hannover hielt ihren Vortrag mit dem Titel "Think globally, act locally"? Zur Herausforderung einer globalen Umweltethik." In ihrem Beitrag beleuchtete sie die Frage, welche Impulse von der Ökologiebewegung mit Bezug zu globalen Mindeststandards ausgehen. Der Ausgang der globalen Ökologiebewegung und die Schaffung eines globalen Umweltbewusstseins wird von der Referentin in den 70iger Jahren verortet. Die Bewegung umfasse unter anderem folgende Teilbereiche: den Waldschutz, den Wasserschutz, die Luftreinhaltung, Tierschutz (v.a. Vogelschutz), Landschafts- und Heimatschutz, Verbraucherschutz etc. Dr. Honnacker stellte heraus, dass den Menschen immer bewusster werde, dass die Verursacher von Schäden nicht auch die Folgen ihres Handelns zu spüren bekommen. Jene Menschen, die die Folgen zu spüren bekommen, leben ganz woanders auf der Welt und sind oftmals arm und unterprivilegiert. Ein Teil des Problems sei, dass diese ökologischen Entwicklungen sich nicht rapide vollziehen, sondern verdeckt vorstattengehen. Das hat auch zur Folge, dass wir uns noch nicht genug „fürchten“, vor dem, was uns zukünftig an Umweltkatastrophen und Klimaveränderungen erwarten könnte. Die fehlende Furcht sei ein Teil des Problems. Andererseits sind horizontale, konfligierende Interessen und Perspektiven (z. B. zwischen global agierenden Öl- und Rohstoffkonzernen und Völkern in entlegenen Regionen der Welt, deren Bodenschätze für die technologische Entwicklung in der westlichen Welt benötigt werden) und die strukturellen Probleme, die sich in der Differenzierung der Interessen, Sehnsüchte, Wünsche und materiellen Notwendigkeit zwischen den Antipoden: global vs. lokal, systemisch vs. konkret verdeutlichen, weitere Hindernisse, die es zu überwinden gilt. Schlussendlich bleibt die Frage der Umsetzung zu lösen. Die Frage der Umsetzungsstrategie in der Spannung zwischen „Top down vs. Bottom up“-Ansatz müssten auf jeden Einzelfall hin betrachtet und operativ angepasst werden.

Aus der Sicht der Referentin sei es unbedingt geboten, die Fähigkeit der Menschen zu entwickeln mit sinnlicher Wahrnehmung persönliche Betroffenheit zu produzieren. Schon in den gegenwärtigen politischen und ökologischen Bewegungen könne beobachtet werden, wie Symbole und Leitbilder zu einer emotionalen Sensibilisierung führten. So habe die

Digitalisierung, mit ihren Möglichkeiten zu einem weltweiten Austausch von Meinungen und Bildern mobilisiert. Die Digitalisierung könne dazu beitragen, so etwas wie eine „Globale Bürgerschaft“ zu entwickeln.

Der letzte Vortrag von **Prof. Dr. Federico Foders** vom Institut für Sozialstrategie und ehemals vom Kieler Institut für Weltwirtschaftsforschung und aktuell an der Christian-Albrechts-Universität Kiel tätig, griff unter dem Titel: „Globale Mindeststandards angesichts des Klimawandels“ Fragen zur „Zerbrechlichkeit“ unserer Welt auf. In seinem Vortrag wurde besonders die Notwendigkeit der Anpassung an die Folgen des Klimawandels herausgestellt. Die Folgen seien teilweise bereits eingetreten und es sollte bedacht werden, dass monetäre Mittel nur begrenzt zur Verfügung stehen. Der Referent stellte die Frage, welche Akteure im Zentrum des Klimawandels stehen. Im Kern geht es um Unternehmen, Lieferketten und Geschäftsmodelle. Das Ziel müsse sein, mit wirtschaftlichem Vorgehen und unternehmerischer Aktivität keine Emissionen zu produzieren. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn entsprechende Technologien zum Einsatz kommen. Mit unserem Lebensstil und unserem Wirtschaften hinterlassen wir so etwas wie einen „ökologischen Fußabdruck“. Dieser ist einer Bilanz in der Betriebswirtschaftslehre vergleichbar. In diesem Zusammenhang dürfe nicht nur der betriebswirtschaftliche Gewinn gesehen werden. Es gehe vielmehr darum, ökologische Gewinne und Verluste ebenfalls aufzuführen. Die Erhaltung der Umwelt sollte der zentrale Maßstab sein. Der Referent hielt fest, dass die ökonomische Forschung im Hinblick auf die Ökologie wenige Konzepte im Kontext des Protokolls von Kyoto oder des Pariser Abkommens zur Verfügung stellen kann. Als Instrumente der Einflussnahme auf Klimaveränderungen kann aus dem europäischen Kontext am ehesten der Emissionsrechtehandel gesehen werden. Dieser trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Mit diesem Instrument wird das Ziel verfolgt, die Summe der Emissionen herabzusetzen. Die Emissionen sind allerdings immer weiter gestiegen. Als weiteres Instrument wird über eine CO<sub>2</sub>-Steuer diskutiert. Die größten Verursacher von Emissionen sind China und die USA. Bei beiden Instrumenten sei man jedoch in den letzten Jahren nicht viel weiter gekommen.

Welche Alternativen gibt es aktuell? Phänomene wie die Klimaveränderung und Umweltzerstörung treten als „Unikate“ auf. Durch die öffentliche Diskussion werden Ereignisse, die in der Zukunft große Auswirkungen haben werden, heute ganz klein. Die Wissenschaft hat dafür noch keine Wahrscheinlichkeiten entwickelt. Das in der Spieltheorie herausgearbeitete Gefangenendilemma fasst dieses Phänomen. Für viele Akteure ist es sinnvoller in der internationalen Zusammenarbeit, als „Trittbrettfahrer“ dabei zu sein, als sich als wahrhafter Kooperationspartner zwischen den Staaten einzubringen.

Prof. Foders stellt die Frage: Warum es nicht möglich sei, ähnlich wie bei Industriestandards, auf freiwillige Standards der Akteure zu setzen? Die Beantwortung dieser Frage musste der Referent in seinem Vortrag allerdings weitestgehend offen lassen. Was sollen Unternehmen tun? Schumpeter würde die Auffassung vertreten, dass „Altes zu zerstören ist und Neues eingeführt werden muss“. So entwickeln sich z. B. in der Wissenschaft neue Disziplinen wie das „Climate Entrepreneurship“ an der Universität Oldenburg. Die Probleme müssten mit

Hilfe von Innovationen gelöst werden, Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren. Neben den Bürgern ist vor allem die Wirtschaft mit ihren Unternehmen betroffen. Eine der zentralen Fragen ist, wie man in zukünftigen Wachstumsprozessen den Einsatz von Ressourcen ökologisch reduzieren kann. Möglichkeiten bestehen nach Ansicht des Referenten im selber Herstellen von Ressourcen und im „switchen“ von Materialeinsätzen. So könnten z. B. andere Materialien statt Stahl verwendet werden. Abschließend wird herausgestellt, dass die Wirtschaft ein Teil der Umwelt ist und als dieser Teil auch mit Weitsicht und Rücksicht agieren sollte.

## Podiumsdiskussion

In der abschließenden Podiumsdiskussion, moderiert durch **Dr. Bernd Villhauer**, Geschäftsführer des Weltethos-Instituts, wurde einleitend die Frage gestellt: Welches Thema bzgl. der Forderung nach „Globalen Mindeststandards“ zuerst angegangen werden sollte (z. B. die Menschenrechte).

Die Diskutanten waren sich durchaus nicht einig in der Beantwortung dieser Frage und stellten unterschiedliche Aspekte als besonders dringlich heraus. Frau Dr. Honnacker vertrat die Auffassung, dass die Menschenrechte und die drängenden Fragen rund um die Ökologie (Klima- und Umweltschutz, nachhaltiges Wirtschaften) ganz oben auf der Agenda stehen sollten. Prof. Hemel rückte den Blick darauf, dass es „Indikatoren des guten Lebens“ geben müsse, die als Orientierung für Handeln und Gestaltung dienen sollten. Eine menschengerechte Perspektive müsse eingenommen werden. „Weil wir Menschen sind“ müsse man immer wieder die Frage stellen, was diese Aussage praktisch bedeutet. Aus seiner Sicht sollte auf regulative Ideen nicht verzichtet werden. Menschen müssen sich in Bedürfnissen und Möglichkeiten an einander ausrichten. Nach Meinung von Prof. Foders ist die Idee der globalen Mindeststandards wichtig. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass wir bereits in einer Welt der Überregulierung leben. Die Freiheit zur Setzung von Standards sollte ermöglicht werden. Der Staat und die Unternehmen sind auf Freiheit angewiesen. Prof. Volkert hob hervor, dass wir ein Freiheitskonzept mit einer institutionellen Governance benötigen. Aus seiner Sicht muss besonders die Frage, wie mit zukünftigen Generationen umgegangen werden soll, herausgehobene Beachtung finden.

Die zweite Frage in der Diskussion widmete sich der UN im Prozess um die Schaffung von Mindeststandards und im Speziellen, welche Rolle Deutschland spielen könne bzw. sollte. Zusammengefasst war man sich einig, dass die die Institutionen ineinandergreifen müssen und die EU-Gesetzgebung eine besonders wichtige Rolle einnimmt. Weiterhin müsse auch so etwas wie der „Verantwortungsplatz“ gesucht und definiert werden. Regierungen müssten mit einbezogen werden, wo es möglich erscheint (auch Länder wie Bolivien oder Uganda). Wo keine staatlichen Strukturen und nur unzureichende demokratische Institutionen existieren, müsse man nach anderen Wegen suchen. Der Wunsch wäre, so etwas wie ein „Parlament der Zivilgesellschaft“ auf globaler Ebene zu etablieren. Auf dem Weg dorthin sei das Streben nach globalen Mindeststandards erst der Anfang.

Prof. Foders fragte, was ein Menschenleben im globalen Maßstab eigentlich wert sei und wie die Kompatibilität der Standards sich zueinander verhalte. Nach seinen Worten, wolle Marx den „Kapitalismus als den Untertan“. Wir machten die gegenwärtige Erfahrung, dass der Multilateralismus nicht mehr die Kraft hat, sich global in wesentlichen Fragen durchzusetzen. Die Institutionen sind schwach geworden (z. B. WTO). Die Doha-Runde wurde vor 10 Jahren ins Leben gerufen und kommt zu keiner Vereinbarung, keinem greifbaren Ergebnis. Eine multipolare Welt braucht andere Instrumente als jene, auf die wir in der Vergangenheit gesetzt haben. Eine weitere Perspektive wird von Prof. Volkert eingebracht. Nach seiner Ansicht müsse subsidiär vorgegangen werden. Es komme darauf zu erkennen, auf welcher Ebene, welche Probleme erzeugt werden. Sein Vorschlag: Auf der lokalen Ebene beginnen, etwas zu lösen und dann fortschreiten, sodass auf anderen Ebenen ein Handlungszwang erzeugt wird. Was kann eine globale Organisation wie die UN leisten? Er hob das Universelle der Menschenrechte hervor. Was die Eliten eines Landes jedoch vorgeben und was die Intention der jeweiligen Kultur der Region anstrebt, ist verschieden. Eine „Globale Governance“ würde in jedem Fall gebraucht werden. Prof. Hemel hält ein sogenanntes „Impact Investing“ für notwendig. Damit verbunden ist die Forderung nach einer „Hybriden Zielbildung“. Auf jeden Fall müssten Änderungen gegenüber dem Konzept des „Shareholder Values“ vorgenommen werden. Ein zweistufiges „Global-Compact-Modell“ wäre zielführend und sinnvoll, bei dem sowohl Gesellschaft als auch Unternehmen ihre Vorteile ausgestalten können.

Aus Sicht des Berichterstatters hat die Tagung deutlich gemacht, wie wichtig es ist, über die Frage nach globalen Mindeststandards wissenschaftlich zu reflektieren und Lösungsansätze auf Grundlage von Empathie sowie Fairness zur Debatte zu stellen. Unsere Gesellschaften agieren zumeist nicht im Hinblick auf die langfristigen Folgen unseres Handelns. Diese Tatsache resultiert auf einem kurzfristigen und auf die Kapitalmaximierung angelegten wirtschaftlichen Denken. Der konsumorientierte Lebensstil verbraucht mehr Ressourcen als er aufbauen und regenerieren kann. Aus diesem Grunde müssen die Ergebnisse eines übergreifenden wissenschaftlichen Diskurses in Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung eingebracht werden. Wissenschaft sollte zukünftig mehr bei den betroffenen Bürgern als Teil der Zivilgesellschaft als auf der Seite der Entscheider in Form von Beratungsmandaten zu finden sein. Die Tagung hat Möglichkeiten und Perspektiven aufgezeigt, wie mit Dialog und Verständnis Wege zur Entwicklung und Implementierung von „Globalen Mindeststandards“ beschritten werden können. Selbstkritisch hat die Tagung jedoch auch aus der Perspektive der Wissenschaft gegenwärtige Instrumente teilweise als unzulänglich im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft einer bedrohten Welt identifiziert.